

# Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.  
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, April/Mai 2014

64. Jahrgang, Nr. 738/739

## Die Führung ist neu, die Probleme nicht. Trotzdem große Zuversicht

*Kamerad Rainer Wagner ist Bundesvorsitzender der VOS – und macht uns allen Mut!*

Die 30. Generalversammlung der VOS liegt hinter uns. 41 Delegierte und sonstige Verantwortliche und Interessenten trafen sich am 12./13. April in Friedrichroda, um über die Situation des Verbandes zu beraten und über eine Vielzahl von Anträgen abzustimmen. Natürlich standen auch die Vorstandswahlen und die Entlastung der bis dahin amtierenden Vorstandsmitglieder auf der Tagesordnung. Mit Spannung sah man dem Rechenschaftsbericht des noch amtierenden Bundesvorsitzenden Hugo Diederich entgegen, von dem sich die Anwesenden wenn auch keine Lösung, so doch weitere Erklärungen zur prekären Finanzsituation der VOS, die zuletzt mehrfach in der Fg thematisiert worden war, versprochen.

langwierig gestaltete sich leider die Auszählung der Stimmen bei der Wahl der Vorstandsmitglieder und weiterer Amtsinhaber. Für folgende Generalversammlungen, die es wider mancherlei Unkenrufe gewiss geben wird, sollte man das System der Stimmkarten ändern, um zu schnellen und eindeutigen Ergebnissen zu kommen. Angesichts der knapp bemessenen Zeit und des großen Redebedarfs wurde somit viel Zeit erwartet, die man sinnvoll hätte nutzen können.

Neu bei dieser Generalversammlung war die Forderung nach einer Einzelentlastung der Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes, die schließlich nach Abstimmung durch die Delegierten umgesetzt wurde. Hierbei wurde

ten Tagungstag. Alleiniger Kandidat für das Amt des Bundesvorsitzenden war Kamerad Rainer Wagner, der in der vorherigen Fg-Ausgabe ausführlich vorgestellt wurde. Rainer Wagner überzeugt durch seine gefestigte Persönlichkeit und durch die unmittelbare Bereitschaft, für die Opfer des Kommunismus einzutreten. Er kennt die derzeit schwierige Situation der VOS und die Ziele und Bedürfnisse der Betroffenen. Seine Wahl und auch das kurze, aussagefähige Statement innerhalb seiner Antrittsrede sollten ein gutes Signal für den Fortbestand der VOS sein.

Zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden wählten die Delegierten Hugo Diederich, der somit zum langjährigen Vorstandsmitglied



Ungeachtet der zuvor schon geführten heftigen internen Debatte um einzelne Personen sowie um die Schuldzuweisungen blieb die Aussprache der Delegierten sachlich, wiewohl der insgesamt besonnen agierende Versammlungsleiter Peter Rubner (Wiesbaden) mitunter Mühe hatte, den Andrang der Redewilligen zu ordnen. Als sehr

sowohl der Vorsitzende Hugo Diederich, dieser obzwar mit einigen Gegenstimmen, wie auch beide Stellvertreter deutlich entlastet. Eine persönliche Haftung einzelner Amtsinhaber, die rein theoretisch nach Vereinsrecht anwendbar wäre, ist nach diesem Ergebnis nicht mehr denkbar. Die Neuwahl des Vorstandes erfolgte bereits am ers-

wird, und Matthias Katze, der bereits im erweiterten Vorstand mitgearbeitet hat und der erfreulicherweise – wie mehrere weitere Kameraden auch – perspektivisch gesehen seine Bereitschaft zur aktiven Führungsarbeit innerhalb der VOS bekräftigte. A.R.

→ *Berichte und Kommentare im Innenteil dieser Fg*

Die 30. Generalversammlung der VOS liegt hinter uns. Durch die inzwischen veränderte Erscheinungsweise der Fg dauerte es nun leider einen ganzen Monat, ehe der Bericht über Abläufe, Wortbeiträge, Beschlüsse und erste zahlenmäßige Ergebnisse bei den Mitgliedern unseres Verbandes ankommt. Dennoch ist in Sachen Verbandsinformation derzeit nichts wichtiger und auch aktueller als unser gemeinsames Sprachrohr. Daher soll sich diese Ausgabe vornehmlich mit dem Befassen, was auch Gegenstand der Versammlung gewesen ist.

Grundsätzlich möchte ich feststellen, dass die Atmosphäre trotz der Anspannung, mit der viele von uns in diese Veranstaltung gegangen sind, sachbezogen und auch kameradschaftlich verlaufen ist. Trotzdem wurde heftig diskutiert, auch gestritten und nachgefragt. Hugo Diederich, seit Jahren zentrale Figur im Verband und bis dato Bundesvorsitzender, stand dabei im Fokus. Sein Rechenschaftsbericht über die teils diffusen Vorgänge, die schon weit vor seinem Amtsantritt als Bundesvorsitzender ihren Anfang nahmen und uns heute belasten, wurde mit Spannung vernommen.

Ein zu Beginn der Versammlung gestellter Antrag auf Einzelentlastung des bisherigen Vorstandes wurde mehrheitlich von den Delegierten angenommen. Offenbar zielte er darauf ab, für Kamerad Diederich die Vertrauensfrage zu stellen. Dieses Vertrauen wurde ihm jedoch mehrheitlich zuteil. Auch die beiden anderen Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes wurden durch die Delegierten entlastet. Damit ist klar, dass der neue Vorstand bezüglich der anstehenden Problembewältigung vor einer großen Aufgabe steht, zugleich wir alle als VOS-Gemeinschaft die Verantwortung für unseren Verband haben.

Glücklicherweise waren keine Zeichen von Resignation festzustellen, obwohl sich keine Lösung unseres finanziellen Problems abzeichnet, solange nicht wenigstens eine Entscheidung des Sozialgerichts vorliegt, aus der wir entnehmen können, ob es bei der

Nachzahlung von Rentenbeiträgen bleibt und, wenn ja, wie hoch die Belastungen wären.

Neben den Gesichtern, die man aus früheren Versammlungen kennt, präsentierten sich diesmal auch Kameradinnen und Kameraden, deren Elan uns für die Zukunft Hoffnung geben sollte. Dazu zähle ich Petra Ostrowski, Martin Peschek, Andreas Herzog oder Christoph Becke. Manches, was geäußert wurde, mag streitbar er-

## Auf ein Wort des Redakteurs

scheinen, aber uns alle eint das feste Bestreben, die VOS zu behalten.

Unverzichtbar sind für mich allerdings die Kameradinnen und Kameraden, die ich seit meinen ersten VOS-Stunden in unserem Verband erlebt habe und über deren Erscheinen ich einfach sehr froh bin. Dazu gehören Christine Härtkorn, Rosemarie Studera, Werner Sauerzweig oder Werner Zeibig – um einige herauszugreifen. Für mich ist gut erinnerbar, dass Kameradin Härtkorn auf der Versammlung 1998 im Namen ihrer Bezirksgruppe den Antrag gestellt hat, die VOS möge sich für eine Opferrente für ehemals politisch Inhaftierte des kommunistischen Regimes in der SBZ/DDR einsetzen. Ich glaube nicht, dass wir ohne dieses damals sehr mutige Auftreten zu dem Ergebnis gekommen wären, das wir nach mehr als zehn Jahren erreicht haben. Egal, dass wir weiter an der Verbesserung der Bedingungen für diese Zuwendung arbeiten müssen.

Hierzu möchte ich anmerken, dass die Generalversammlung das Thema Verbesserung der Opferrente nicht ausreichend behandelt hat. Ich halte das für einen Fehler, denn die Versorgung ehemaliger politischer Häftlinge des SED-Regimes bleibt weiterhin unser Grundauftrag. Mehrfach meldeten (und melden!) sich in der Fg verbitterte Kameradinnen und Kameraden zu Wort, die durch zu kurze Haftzeit keinen Anspruch auf die Zuwendungen haben. Offen blei-

ben zudem die Versorgung Hinterbliebener und die Berechtigungsgrenze auf Grund eines „hohen“ Einkommens. Eine kurzzeitig kursierende Meldung, derzufolge die Große Koalition ab Juli eine pauschale Erhöhung der Opferrente um 60 Euro je Bezugsberechtigten beschlossen habe, erwies sich mittlerweile als nicht real. Wir müssen weiter kämpfen.

Das zweite große Thema der Generalversammlung war die Gründung eigenständiger Landesverbände, die den Namen VOS e. V. tragen werden oder bereits tragen, die aber dem Bundesverband angehören. Die Delegierten haben deren Gründung als rechtmäßig beschlossen, wobei jedoch das Zugehörigkeitsbekenntnis zur VOS Voraussetzung ist.

Ich habe meine Meinung zu diesen Konstruktionen bereits in früheren Ausgaben kundgetan: Ich sehe die Gefahr der Zersplitterung des Verbandes, und ich gebe hier auch die Zweifel vor allem von älteren Mitgliedern weiter, die sich weder umstellen wollen noch können. Die Kameradinnen und Kameraden sehen sich nicht nur überfordert, sondern auch übergangen. Hier wird immer wieder die Frage gestellt, ob die Mitgliedschaft in einem gesonderten Landesverband Pflicht ist. Klar und deutlich sei daher wiederholt: Niemand muss in einen solchen Landesverband eintreten, und es kann auch niemand einfach „übernommen“ werden. Wer einen Landesverband gründet, der sollte zumindest so fair sein, dies bei jedweden Anwerbungsabsichten zu erklären.

Abschließend möchte ich dem „alten“ Bundesvorstand meinen Dank für die geleistete Arbeit aussprechen und dem neuen zur Wahl gratulieren. Die Zahl der Vorstandsmitglieder, mit denen ich mittlerweile zu tun hatte, bewegt sich weit im zweistelligen Bereich. Mit Kamerad Rainer Wagner taucht ein neues, aber kein unbekanntes Gesicht auf. Ich bin sehr zuversichtlich, dass er sich selbstlos und hilfreich für die VOS einsetzen wird.

*Bis zu dieser nächsten Ausgabe  
Ihr Alexander Richter*

### *Titelseite / Innenteil / Redaktionsthema*

**Die 30. Generalversammlung der VOS am 12./13. April in Friedrichroda und ihre Themen: Kommentare, Personalien, Ziele und Aussichten:**

- die Finanzsituation des Verbandes
- der neue Bundesvorstand, die Besetzung der weiteren Ämter
- die Gründung selbständiger, aber nicht unabhängiger Landesverbände
- das Verhältnis der VOS und der UOKG
- die Freiheitsglocke muss und wird bleiben!

**Fehler wurden nicht mit Vorsatz gemacht**

Über das Zustandekommen der derzeitigen Finanzmisere 4

**Bitte lasst die VOS nicht im Stich**

Der Bundesvorsitzende Rainer Wagner erläutert den Landesbeauftragten die Situation 5

**Trotz akkurater Finanzführung bekommt die VOS eine Tiefenprüfung**

Bundeschatzmeister Frank Nemetz hat keine Beanstandungen in Sachen VOS-Finanzen 6

**Beschlossen ja, aber wann Realität?**

Ost-CDU-Abgeordnete sind auf unserer Seite 7

**Die Freiheitsglocke – unantastbar**

Über die Modalitäten des weiteren Erscheinens 8

**Zeitzeugenarbeit braucht Medienresonanz** 9

**Man könnte einiges verbessern und einsparen** 9

**Workuta-Gemeinschaft tagt in Karlsruhe** 9

**Keine weiteren Verzögerungen zulassen** 10

**Mit diesen Titeln hat es so seine Art**

Der Schwindel mit akademischen SED-Rängen 10

**Als Arbeitssklave in den Lagern geschuftet** 10

**Vergesst uns Hinterbliebene nicht!** 11

**Marx und Murks existieren weiter** 11

**Schluss mit dem grauenhaften Spuk!**

Berliner Polizei verbietet Aufmarsch der NVA-Freikorps in Treptow 11

**B Ü C H E R F Ü R U N S**

- China vor dem Studentenaufstand 12 -13
- Bernd Piepers Cottbus-Buch
- Siegfried Jahnkes schwere Jahre

**Ein „Brüderchen“ und ein Brüderle?**

Muss sich ein FDP-Politiker einen führenden Linken für die Buch-Präsentation verdingen? 14

**Dranbleiben, darum geht es!**

Bundesvorstand spricht mit Ost- Abgeordneten der CDU über Opferrente 14

**Generalversammlungsachlese** 15

**NRW-Zeitzeugenarbeit setzt hohe Akzente**

In Rheine (Münsterland) wurde im Stil einer Projektwoche gearbeitet 16

- Veranstaltungen 9, 15
- Meinungen, Briefpost, Korrekturen 9, 11, 12
- Nachrufe, Gedenken 9, 15
- Impressum, Adressen, Hinweise, Gedicht 16

### **Beitragszahlungen!**

Aufruf an die Kameradinnen  
und Kameraden

Für das Kalenderjahr 2014 haben etliche unserer Mitglieder noch keinen Beitrag entrichtet. Bei den meisten Säumigen wird angegeben, sie wären unsicher, ob sie ihren Beitrag nicht später und dann an die neuen Landesverbände abzuführen hätten.

Diese Sichtweise ist falsch. Die Gründung der Landesverbände ist noch nicht vollzogen bzw. noch nicht mal beschlossen und im Detail geklärt. Und auch wenn es die Landesverbände geben sollte, ist der Jahresbeitrag in vorgeschriebener Höhe von 45,00 € an **die Bundesgeschäftsstelle** abzuführen. Kontonummer auf der Rückseite jeder Freiheitsglocke.

Hierzu noch ein Hinweis: Die Mitgliedschaft in den Landesverbänden ist **keine** Pflicht. Kein VOS-Mitglied kann ohne seine Zustimmung in einen Landesverband „übernommen“ werden. Es ist dafür eine schriftliche Beitrittserklärung abzugeben, die natürlich auch formlos sein kann.

Wer **nicht in einen Landesverband** eintritt, bleibt wie gehabt trotzdem **mit allen Rechten Mitglied in der Bundes-VOS**, allerdings muss sie oder er den Jahresbeitrag entrichten.

Liebe Kameradin, lieber Kamerad, bitte bedenke, dass von der Bezahlung des Beitrags auch das Erscheinen der Freiheitsglocke abhängt, die ansonsten nicht finanziert werden könnte.

*Der Bundesvorstand*

### **Gedenken an den Volksaufstand von 1953 am Steinplatz in Berlin**

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, auch in diesem Jahr wollen wir wieder in Berlin- Charlottenburg, am Steinplatz, des 17. Juni 1953 gedenken. Am

#### **Dienstag, den 17. Juni 2014 um 09.00 Uhr**

findet die Gedenkfeier der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft statt. Wir alle sind aufgerufen, an der Veranstaltung teilzunehmen und die Opfer zu ehren.

Veranstalter ist die Vereinig. der Opfer des Stalinismus.  
Der Bundesvorstand

### **Spendenbereitschaft lässt (leider) nach**

Klaus Tübecke, Horst Ahrens, Helfried Reichel, Hans-Joachim Hack, Hartmut Behle, Heinz Streblov, Jürgen Weisbach, Fritz Hofmann, Rudi Richter, Michael Faber, Günter Uhlig, Heinz Unruh, Christine Fiege, Günter Rößger, Wolf-Peter Rubner, Waltraud und Günther Baumann, Dorotea und Hans Steffen, Jürgen Fuhrmann, Kurt Schröder, Peter Glawe, Heinz Richter, Henry Sobora, Heinz-Günter Lohoff, Lothar Ech, Andreas Herzog, Manfred Barth, Dr. Bernd Röhlig, Mike Mutterlose, Kurt Liebert, Dorothea Harder, Alexander Richter, Alfred Czubek, Jörg Petzold, Klaus Bartholomay, Wolfgang Seidel, Joachim Stein, Dorothea Boreczek

**Achtung!, der aktuellen Fg-Ausgabe liegt ein Überweisungsvordruck für den Jahresbeitrag bei. Der Vordruck kann auch als Überweisungsträger für Spenden benutzt werden.**



## Die Summen scheinen so gewaltig, als würden sie die VOS erdrücken

*Über die gegenwärtige und langfristig nachwirkende Schuldenlast der VOS. Wie konnte es dazu kommen, und welche Möglichkeiten der Bewältigung gibt es für den Verband?*

**Auch nach den bisherigen Erklärungen in der Fg und im Rechenschaftsbericht des Bundesvorsitzenden bei der 30. Generalversammlung ist nicht allen Kameradinnen und Kameraden klar, wodurch die unverhofft entstandene Schuldenbelastung der VOS resultiert. Nachstehend daher nochmals einige Erläuterungen.**

Gegenstand der hohen Forderungen, die von mehreren Kassen an die VOS erhoben werden und deren Tilgung bereits läuft, sind Nachzahlungen an Abgaben und Beiträgen für Beschäftigte in der Bundesgeschäftsstelle der VOS, die sich über mehrere Jahre erstrecken.

Es geht dabei um zwei Fälle. Im ersten Fall arbeitete Hugo Diederich als Geschäftsführer der VOS. Er galt als beruflich Selbständiger und versicherte sich somit selbst bei der Kranken- und Rentenkasse. Er galt damit aus Sicht der VOS als Honorarkraft, bezog jedoch für seine Tätigkeit ein regelmäßiges Entgelt von der VOS. Diese Verfahrensweise wurde dem Bundesvorstand der VOS zuvor bei einer Konsultation von einem Berliner Rechtsanwalt als zulässig empfohlen.

Die gesetzlichen Kassen sehen diese Beiträge jedoch nicht als ausreichend an. Aus Sicht der Rentenkasse gilt regelmäßige, bezahlte Beschäftigung als reguläres, voll versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis. Unterlassene Beitragszahlungen werden, so sie aufgedeckt werden, als Gesetzesverstoß geahndet. Die VOS ist dabei kein Einzelfall. Die Kassen haben bereits in weiteren Fällen von Institutionen oder Verwaltungen enorme Summe eingezogen, ohne dass die Zahlungssäumigen eine Chance auf Aussetzung der Zahlungen hatten.

Verschärfend wirkt sich in der Gesetzgebung aus, dass der Arbeitgeber – also die VOS – im Falle von Nachforderungen verpflichtet ist, nicht nur die eigenen versäumten Beiträge nachträglich zu erstatten, sondern auch die vorenthaltenen Beiträge des Beschäftigten. Da auch noch die Zinsen hinzukommen, entsteht eine hohe Belastung für den jeweils Zahlungssäumigen.

Aus Sicht der VOS sind die Beiträge und Abgaben jedoch nicht vorsätzlich vorenthalten worden, zuvor wurde ein Rechtsanwalt konsultiert. Ein schriftlicher Beleg mit dem Nachweis über die vorgenannte Konsultation liegt aber nicht vor. Es kommt nun bei der anstehenden Klage vor dem Sozialgericht darauf an, ob das Gericht die mündlichen Zeugenaussagen der damals beteiligten VOS-Vorstandsmitglieder anerkennt. Wenn ja, wäre die Vorgehensweise der VOS nicht als vorsätzlich einzustufen, und wir kämen mit einem „milderen“ Zahlungsbeehl davon. Es sei darauf hingewie-



sen, dass der Vorstand, auch wenn es schon zu Beginn dieser Verfahrensweise interne Zweifel und entsprechende Rückfragen gab, im guten Glauben an die Rechtmäßigkeit gehandelt hat. Auch stand Hugo Diederich in all den Jahren der VOS nicht als Bundesvorsitzender vor. Es ist daher falsch, ihn persönlich bzw. allein verantwortlich oder haftbar machen zu wollen. Der Bundesvorsitzende und der Vorstand haben innerhalb der letzten zehn Jahre mehrfach gewechselt.

Ein weiterer, sehr schwerwiegender Fehler wurde dann 2010 begangen, als ein Vertrag mit einem inzwischen ausgeschiedenen Vorstandsmitglied abgeschlossen wurde, in dem die Abführung von Sozialabgaben erst gar nicht festgelegt wurde. Hier ist das Vertragskonstrukt von vornherein schon zweifelhaft, weil ein Bundesvorstand – auch nicht unter Nutzung von Verkläuterungen – keinen Arbeits- oder Honorarvertrag mit einem Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes abschließen darf. Dies würde ansonsten bedeuten, dass ein Beschäftigter auf beiden Seiten des Vertrages unterschreibt und für sich selbst unzulässige Bedingungen

aushandeln könnte. Insofern wären – dies ist meine Meinung – der Vertrag ungültig und die Forderung der Kasse unberechtigt. Immerhin wäre zu prüfen, inwieweit es sich um einen Fall für die Justiz handelt und gezahlte Gehälter zurückgefordert werden müssten.

Auch bei Abschluss dieses Vertrages war Kamerad Hugo Diederich nicht Bundesvorsitzender.

Die VOS befindet sich nunmehr in der Warteschleife, und dieselbe ist nicht billig, da die Rentenkassen keinen Verzug dulden und die VOS monatlich um 1.400 Euro erleichtert wird, was bis 2019 so bliebe. Würden die Zahlungen seitens der VOS eigenmächtig ausgesetzt, wäre prompt eine Pfändung die Folge, wobei der gesamte Betrag von zurzeit noch 75.500 Euro Restschuld auf einen Schlag gefordert würde. Die VOS wäre damit insolvent, die Rentenkassen bekämen dann freilich nicht mal die Hälfte des geforderten Geldes, da die VOS nicht über ein solches Vermögen verfügt.

Abzuwarten bleibt jetzt die Entscheidung über die von der VOS eingereichte Klage beim Sozialgericht. Würde das Gericht der VOS die Vorsätzlichkeit der Handlungsweise nicht unterstellen, bliebe ein vergleichsweise geringer Schuldbetrag von etwa 25.000 Euro. Sicher ist auch das kein Schnäppchen, aber die Tilgung wäre möglich, und danach hätten wir alle wieder den Blick frei.

Was uns allen Mut machen dürfte, ist die bisher feststellbare überwältigende Spendenbereitschaft der Mitglieder. Vielen fällt es keineswegs leicht, eine größere Summe abzugeben, und viele konnten bislang nicht verstehen, wie es zu dieser eklatanten Finanzmisere kommen konnte. Dennoch ist das Vertrauen in den Vorstand groß, das dieser nun keinesfalls aufs Spiel setzen sollte, und ebenso ist die VOS etwas, das den Einzelnen ausgesprochen wichtig ist. A.R.

**Hinweis:** Lesen Sie auf der nachfolgenden Seite das Schreiben des neuen Bundesvorsitzenden an die Landesbeauftragten zu deren Kongress.

# Das Ende der VOS wäre ein fatales Zeichen für die Öffentlichkeit

*Der neue VOS-Bundesvorsitzende schildert die prekäre Situation der VOS und bittet um Mithilfe*

**Anlässlich des jährlich stattfindenden Kongresses, zu dem die Landesbeauftragten der Neuen Bundesländer vom 25. bis 27. April nach Dresden einluden, nutzte der neue Bundesvorsitzende der VOS Rainer Wagner diese Veranstaltung, um in einem gleichlautenden Schreiben an die Landesbeauftragten auf die Probleme unseres Verbandes aufmerksam zu machen und sie um Verständnis und Unterstützung zu bitten. Dabei berief er sich auf das mehr als sechs Jahrzehnte währende unübersehbare positive Wirken der VOS und auf die Loyalität des großen Teils ihrer Mitglieder.**

**Mit seinem Appell setzt Rainer Wagner ein bundesweites Zeichen von sozialer und politischer Bedeutung.**

**Lesen Sie nachstehend das (leicht gekürzte) Schreiben.**

Wie Sie wissen ist der älteste und mitgliederstärkste Verband ehemaliger politischer DDR-Häftlinge in existenzgefährdende Probleme geraten. Zurzeit gehört er noch nicht der UOKG an.

Durch Unkenntnis der Gesetzeslage und falsche Beratung hat der frühere Vorstand der VOS in den letzten Jahren Mitarbeiter, statt als Arbeitnehmer als selbständige Auftragnehmer beschäftigt. Nachdem klar wurde, dass dies rechtlich nicht möglich war, fordern Minijobzentrale, Finanzamt und Sozialversicherungsträger die entsprechenden Nachzahlungen. Dies brachte die VOS in eine existenzgefährdende Lage. Zwar sind mit den Sozialversicherungsträgern Abzahlungsvereinbarungen getroffen wurden, denen die VOS auch nachkommen wird, aber eine Insolvenz ist dennoch nicht völlig ausgeschlossen.

Die Generalversammlung der VOS, ihr höchstes Organ, hat am vergangenen Wochenende diese Tatsachen zur Kenntnis genommen und grundlegende Reformbeschlüsse gefasst. Sie werden derartige Fehlentwicklungen in Zukunft ausschließen und zu einer grundlegenden Reform des Verbandes führen.

Hier die wichtigsten Beschlüsse:

1. Die VOS lässt durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der

SED-Diktatur eine Tiefenprüfung all ihrer finanziellen Transaktionen der letzten Jahre durchführen.

2. Die zentralistische Struktur des Bundesverbandes VOS wird gelockert. Der Verband eröffnet den Landesverbänden die Möglichkeit, sich als eigenständige e.V. zu etablieren. Dadurch wird sowohl die Arbeit in den Regionen gestärkt, wie der Teil der Verwaltung für die Region dorthin abgegeben.

3. Die VOS wird dem Dachverband UOKG beitreten und deren Abgrenzung von jedem Extremismus mittragen. Dadurch gehören fast alle Opferverbände von Bedeutung zum Dachverband.

4. Die Delegierten der VOS aus ganz Deutschland haben den Bundesvorsitzenden der UOKG auch zum neuen Bundesvorsitzenden der VOS gewählt. Er übt die Funktionen in Personalunion aus und kann dadurch für alle, besonders auch die Haftopfer sprechen.

Obwohl ich seit 2006 manchen, teilweise schwersten Angriffen und bitteren Verleumdungen durch ehemalige Funktionsträger und Mitglieder der VOS ausgesetzt war, habe ich mich dieser Herausforderung gestellt. Es liegt mir am Herzen, den über ganz Deutschland verteilten 1.500 ehemaligen DDR-Häftlingen und ihrem Freundeskreis die innere geistige und politische Heimat zu erhalten.

Die VOS besteht über 60 Jahre. Sie ist damit der älteste SED Opferverband in Deutschland. Sie hat über 1.500 Mitglieder und einen zusätzlichen Freundes- und Sympathisantenkreis. Sie ist der einzige Opferverband, der deutschlandweit in arbeitsfähigen Landes- und Bezirksgruppen organisiert ist. Ihre Aktivitäten ereignen sich in den alten wie in den neuen Bundesländern. Die VOS hat sich, trotz mancher Probleme, die sicher auch mit den Traumatisierungen vieler ihrer Mitglieder zusammenhängen, politisch bewährt. Sowohl das HHG wie die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge sind maßgeblich durch die VOS mit geprägt worden. Auch bei der Aufarbeitung und bei dem Zustandekommen der Rehabilitationsgesetzgebung nach der Wiederver-

einigung hat die VOS entscheidenden Einfluss ausgeübt. Das Ende der VOS wäre ein fatales Zeichen für die Öffentlichkeit, ein furchtbarer Schlag für viele ehemalige politische Gefangene, und ein Verlust an Zeitzeugenkompetenz, die über die VOS organisiert und erreichbar ist. Als Landesbeauftragte haben Sie Einfluss auf die Politik in Ihrem Bundesland. Deshalb bitte ich Sie:



Helfen Sie mit, damit die VOS weiter arbeiten und bestehen kann. Vielleicht sehen Sie Möglichkeiten, wie der VOS zumindest Strafzahlungen erspart werden können. Man darf doch nicht, wegen punktueller Inkompetenz des früheren Vorstandes, alle sich in der VOS organisierten Opfer der DDR- Unrechtsjustiz büßen lassen.

Hilfreich wäre es auch, eine Bundes- oder Landesbürgschaft für die Verbindlichkeiten der VOS zu ermöglichen. Die Höhe der Bürgschaft wäre vergleichsweise gering. Die Schulden müsste die VOS selbstverständlich weiter bezahlen, aber die immer noch nicht ganz auszuschließende Insolvenz wäre vom Tisch.

Lassen Sie sich auch durch Angriffe früherer VOS Funktionäre, konkurrierender Minivereinigungen oder von Personen, die sich an den Problemen der VOS profilieren wollen, nicht verunsichern.

Bitte unterstützen Sie die Bemühungen um den Erhalt der ältesten und mitgliederstärksten Opfervereinigung und deren bei ihrer 30. Generalversammlung begonnen Reformprozess.

*Rainer Wagner  
Bundesvorsitzender der UOKG*



## VOS-Finzen erwiesen sich als einwandfrei und ordentlich verwaltet

*Der scheidende Bundesschatzmeister Frank Nemetz legt als korrekter und glaubwürdiger Kamerad einen ausführlichen Rechenschaftsbericht zur Generalversammlung vor*

Mit besonderem Interesse wurde zur Generalversammlung der Bericht von Schatzmeister Frank Nemetz verfolgt, waren doch zuletzt Stimmen laut geworden, die dem Bundesvorstand Unregelmäßigkeiten im Umgang mit den Finanzen der VOS unterstellten. Diesen Unterstellungen setzte Kamerad Nemetz ein grundsätzliches Nein entgegen. Wie auch schon mehrfach in der Fg erklärt, ist der Finanzhaushalt des Verbandes insgesamt in Ordnung.

Was die Vorwürfe bezüglich unerlaubter Buchungen und Auszahlungen angeht, sind keine Fehler und Unzulässigkeiten festgestellt worden. Im Gegenteil, der Schatzmeister konnte die Aussage treffen, dass 2013 gut gewirtschaftet wurde, wodurch die Jahresabschlussbilanz einen Überschuss ausweist.

Überprüft wurde auch die Beantragung und Verwendung von Fördermitteln aus einzelnen Landesregierungen. Auch das gab keine Beanstandungen.

Als fixe und zugleich hohe Kosten gelten nach wie vor die Raummiete für die Bundesgeschäftsstelle sowie die Herstellung der Freiheitsglocke und die Bezahlung eines Bundesgeschäftsführers. An diesen Ausgaben werden sich auch künftig keine wesentlichen Abstriche machen lassen.

Der Schatzmeister sprach in seinem Bericht von einem hohen Arbeitsaufkommen bei der Verwaltung der VOS-Finzen, zumal täglich an die zwanzig bis dreißig Buchungen vorzunehmen sind.

Wie sich die Situation für 2014 und danach entwickeln wird, kann momentan noch nicht abgeschätzt werden. Die Planungsunsicherheit ergibt sich zum einen aus dem ausstehenden Urteil des Sozialgerichts (Nachzahlung von Sozialbeiträgen

an die Kassen), zum anderen stehen noch Beitragszahlungen von Kameradinnen und Kameraden aus. Es gibt Mitglieder in der VOS, die wegen eben jener ungeklärten Schuldzahlungen ihren Jahresbeitrag zurückhalten, weil sie die Insolvenz der VOS fürchten und ihr Beitrag damit „verschlungen“ werden könnte. Dieser Standpunkt mag einleuchten, dennoch ist er für den Verband nicht hilfreich. Wer der VOS angehören will und sich ihr verbunden

fühlt, der oder die sollten möglichst schnell den Jahresbeitrag entrichten. Diesen Standpunkt vertrat nicht nur der Bundesschatzmeister Frank Nemetz, sondern die gesamte Delegiertenversammlung. Für die nächste Wahlperiode verzichtete Kamerad Nemetz auf eine erneute Kandidatur, was er bereits vorher angekündigt hatte. Hierfür spielen persönliche Gründe eine Rolle. Dennoch sei ihm für die geleistete Arbeit gedankt. Die Verwaltung der Finanzen, das wissen wir nicht erst seit der 30. Generalversammlung, zählt zu den besonders verantwortungsvollen und arbeitsintensiven Aufgaben im Opferverband. Dass Frank Nemetz diesem Amt gewachsen war, wurde auch von den Delegierten bestätigt, erhielt er doch bei der Abstimmung zur Entlastung des Vorstandes 94 Stimmen (17 Delegierte stimmten mit nein, sechs enthielten sich) und kann somit ohne Verdruss aus dem Amt scheidend.

Diskutiert wurde indessen die Frage einer Tiefenprüfung der VOS-Finzen durch eine externe Institution. Dies wurde auch im Antrag einer Bezirksgruppe so gefor-

dert. Allerdings ist dabei nicht bedacht worden, dass eine solche Überprüfung ein kostspieliges Unterfangen ist. Zugleich wurde darauf verwiesen, dass die erfahrenen Kassenprüfer Werner Sauerzweig und Siegfried Jahnke trotz ihres ansehnlichen Alters gute und gewissenhafte Arbeit geleistet haben und beide trotz freundschaftlicher Verbundenheit zu den Vorstandsmitgliedern, keineswegs über Buchungsfehler und dergleichen hinwegsehen würden.

Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass (vermutlich aufgrund anonymer Hinweise) das

Finanzamt mehrfach die VOS-Finzen überprüft hat, ohne einen Anlass zur Beanstandung zu finden. Ansonsten hätte die VOS für 2012 nicht die Bestätigung der Gemeinnützigkeit bekommen können, die ihr am 17.01.2014 erteilt wurde.

Zum Nachfolger von Kamerad Frank Nemetz wählten die Delegierten Matthias Katze. A.R.

**Das Foto zeigt (von links):** Kassenprüfer Werner Sauerzweig und Siegfried Jahnke sowie Schatzmeister a. D. Frank Nemetz (© A.R.)

### Nachtrag:

Wie im Schreiben des neuen Bundesvorsitzenden Rainer Wagner erwähnt, hat der nunmehr amtierende Vorstand eine Tiefenprüfung durch die Stiftung zur Aufarbeitung von SED-Unrecht beantragt. Damit wird den Forderungen nach einer extern geführten Finanzkontrolle ebenso Rechnung getragen wie der Mahnung, hierfür möglichst keine Kosten zu verursachen.

Diese extern geführte Tiefenprüfung ist keinesfalls als Misstrauensgeste gegenüber dem vormaligen VOS-Rechnungsprüferteam Jahnke und Sauerzweig zu verstehen.



# Die Freiheitsglocke: ein Organ der Mitglieder für die Mitglieder

*Die Delegierten der Generalversammlung sind sich einig, dass unser „Flaggschiff“ bleiben muss*

Was wird aus der Freiheitsglocke?

Die Frage nach dem Weiterbestehen des Fg-Sprachrohrs bewegte die Gemüter nicht erst seit Eröffnung der 30. Generalversammlung. Unter Berücksichtigung der finanziellen Verhältnisse des Verbandes konnte auch keine Gewähr für die Fortsetzung des bisherigen regelmäßigen Erscheinens gegeben werden.

Dennoch, die Zeitung muss weiter erscheinen! Dies ist eine Botschaft, die alle Anwesenden mitbringen, egal welchen Blick man auf die VOS und ihre Vorstandsmitglieder hat. Möglichkeiten der Kostensenkung sind allerdings kaum mehr erkennbar, da der bis dato noch als Vorsitzender agierende Hugo Diederich bereits eine Druckerei ausfindig machen konnte, deren Kostenangebot unter dem der bisherig für uns tätigen Druckerei liegt.

Nach wie vor werden das komplette Layout und die Redaktion der Zeitung vom Redakteur Alexander Richter übernommen. Dies, so Richter, sei der effektivste Weg, die Zeitung herzustellen, die VOS spare auf diese Weise Formatierungskosten und Zeit für nochmaliges Korrekturlesen.

Einen Antrag auf Satzungsänderung, demzufolge der Redaktionsausschuss von bisher drei Mitgliedern auf fünf erweitert werden sollte und der diesem Ausschuss die Befugnis eigenmächtiger, nachträglicher Änderungen am fertigen Zeitungsbild einräumen sollte, lehnte das Gremium mit deutlicher Mehrheit ab. Hierzu hatte auch Redakteur Richter in einer Ansprache ausdrücklich mitgeteilt, dass eine solche Konstellation die Arbeit des Redakteurs enorm erschweren würde. Richter versicherte, dass es in seinen fast zwei Jahrzehnten Redakteurstätigkeit ganz selten Fälle gegeben habe, in denen man seitens des Redaktionsbeirates Beiträge habe nachträglich entfernen müssen. Zu Abstimmungen über den Druck von eventuell strittigen Beiträgen sei es bisher noch nie gekommen. Er habe sich jedoch von Beginn an dagegen gewehrt, interne Unstimmigkeiten oder Auseinandersetzungen in der Freiheitsglocke zu veröffentlichen. Oft genug sei es zu

Vorwürfen oder Anschuldigungen gegenüber Vorstandsmitgliedern gekommen. Dies seien Angelegenheiten, die in unserem Sprachrohr nichts zu suchen haben und deren Klärung, sofern notwendig, intern erfolgen müsste. Man müsse davon ausgehen, dass die Freiheitsglocke auch dort gelesen werde, wo man uns ehemalige politische Häftlinge immer noch mit Ablehnung und Feindschaft betrachtet. „Es tut nicht not, dass wir unseren Gegnern noch wohlthuende Argumente liefern.“

Richter wies darauf hin, dass das wesentliche Anliegen der Freiheitsglocke neben der Information der Verbandsmitglieder weiterhin das Voranbringen für bessere Sozialleistungen der ehemaligen politischen Häftlinge und Verfolgten von SBZ und DDR sei. „Dass wir die Opferrente seit einigen Jahren haben, ist nicht zuletzt auch der beharrlichen Diskussion zu verdanken, die wir dazu in der Freiheitsglocke geführt haben.“

Auch die Frage von Zuschriften, Leserbriefen, Mails oder Telefonanrufen ließ der Redakteur in seinem Diskussionsbeitrag nicht unberührt. Es kämen immer wieder Meinungsäußerungen oder Kritiken, die teils auch persönliches Unverständnis über Artikel in der Freiheitsglocke zum Ausdruck brächten. Diese könne man aber nicht immer im Einzelnen beantworten, was jedoch nicht bedeute, dass sie einfach ignoriert würden.

Hierzu sei angemerkt, dass es seit dem Ausscheiden eines früheren Vorstandsmitgliedes mehrmals drohende, verunglimpfende, vor allem jedoch verleumderische Emails und lancierte Internetmeldungen gegeben hat, deren Urheber unter falschem Namen und auch falscher Email-Adresse in Erscheinung trat. Der Vorstand, auch der Redakteur, war und ist bemüht, dem entgegenzutreten oder solche Lügen schlicht zu ignorieren.

Natürlich wird es weiterhin einen Redaktionsbeirat geben. Bisher gehörten ihm die Kameradin Rosemarie Studera sowie die Kameraden Matthias Katze und Wolfgang Stiehl an. Diese Zusammenarbeit habe unkompliziert und kurzfristig

funktioniert, so Richter und so Matthias Katze und Rose Studera. Kamerad Stiehl ist leider Anfang des Jahres 2014 verstorben.

Sofern die beiden vorgenannten Mitglieder ihre Bereitschaft zur Weiterarbeit im Beirat erklären, hat der Bundesvorstand nun noch eine dritte Person zu benennen, die dann dem Beirat angehört.

Nach Abschluss des Diskussionspunktes erklärte sich Alexander Richter bereit, die Redaktionsarbeit auch unter den erschwerten Bedingungen weiterzuführen. Dies war zuvor nicht eindeutig gewesen.

Der Vorstand wird nun versuchen, die Freiheitsglocke in mindestens sechs Doppelausgaben pro Jahr herauszubringen, eventuell aber auch ein paar Ausgaben mehr zu schaffen. Gerade für die älteren Mitglieder der VOS ist unsere Zeitung unverzichtbar.

Trotz der unterbliebenen Satzungsänderung signalisierte Redakteur Richter, die Freiheitsglocke auch vor ihrer Veröffentlichung transparent zu gestalten. Die Zeitung ist zwar laut Satzung das Presseorgan des Bundesvorstandes, aber von ihrem Anliegen her soll sie ein Organ der Mitglieder für die Mitglieder sein. Wer etwas veröffentlichen will, soll dazu auch die Möglichkeit bekommen. Am günstigsten sind natürlich word-Dateien, schon weil sie nicht abgeschrieben werden müssen und somit die Gefahr von Übertragungsfehlern geringer ist.

Auch der neu gewählte Bundesvorsitzende Rainer Wagner äußerte seine Meinung zu den Modalitäten der Freiheitsglocke, wobei er insbesondere die Forderung nach der Unabhängigkeit des Redakteurs herausstrich. Dies sei für ihn ein Ausdruck der Pressefreiheit, die es im Unrechtsstaat DDR nicht gegeben habe. Er hatte bereits vor der Generalversammlung im Interview erklärt, dass die VOS alles tun müsse, um die Zeitung zu erhalten. Die Freiheitsglocke existiere nun schon so lange und sei den Mitgliedern quasi ans Herz gewachsen, so dass es undenkbar sei, sie aufzugeben.

*Hugo Diederich  
Stellvertr. Bundesvorsitzender*

## Opferrente: Licht am Ende des Tunnels

*Aber wie lang ist dieser „Tunnel“ noch?*

Es ist ein Jahr her, dass am 4./5. Mai in Potsdam die ostdeutschen Abgeordneten der damaligen CDU/CSU-Bundestagsfraktion unter Leitung ihres Sprechers und stellvertretenden

Fraktionsvorsitzenden Arnold Vaatz zu einer Klausurtagung zusammenkamen, in der sie abschließend eine Erklärung zum erreichten Stand der politischen Arbeit und zu ihren weiteren Zielen abgaben. Nunmehr wurde die Erklärung abermals veröffentlicht und auch an

die VOS gegeben, da der Bundesvorstand eng mit Herrn Vaatz zusammenarbeitet. Insgesamt kann man das siebenseitige Papier als fundiert und sozial gerecht bezeichnen. Es spricht von Sachkenntnis und weist in ausgewogenem Sprachstil auf die enormen Erfolge hin, die seit dem Mauerfall in Deutschland erreicht wurden, und es stellt die Ziele dar, um die es künftig geht. Zu den Zielen zählen auch die Verbesserung der Opferrente für ehemalige politische Häftlinge der SBZ und der DDR und die vereinfachte Anerkennung haftbedingter Gesundheitsschäden. Konkret heißt es:

„Wir werden in der 18. Legislaturperiode die monatlichen Zuwendungen für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen SBZ/DDR (SED-Opferrente) erhöhen. Außerdem wollen wir die medizinische Begutachtung für SED-Opfer, die haftbedingte Gesundheitsschäden erlitten haben verbessern. Wir unterstützen die Initiative, ein Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland zu errichten.“

Seitens der Haft-Betroffenen wird grundsätzlich begrüßt, dass die Bundesregierung weitere Verbesserungen vorsieht. Seit Gewährung der Besonderen Zuwendung ist die Inflationsrate merklich gestiegen, die Leistungen der gesetzlichen Rentenkassen wurden – in den unteren Einkommensgruppen – nur unwesentlich erhöht. Wer eine Mietwohnung hat, wer von der Gasheizung abhängig ist und wer ohne ein Auto nicht auskommt, für den sind die Lebenshaltungskosten überdurchschnittlich gestiegen.

Unbeantwortet bzw. ungelöst sind die Fragen einer Hinterbliebenenversorgung und die Aufhebung des Halbjahreshaftlimits. In der Fg sind immer wieder Beispiele gebracht worden, denen zufolge Witwen oder Witwer stark genug unter dem Schicksal verstorbener, ehemals inhaftierter Häftlinge zu leiden hatten bzw. haben. Ebenso haben sich Kameraden, deren Leben nach kur-

zer Haftdauer oder intensiver Verfolgung genauso zerstört war wie bei Langzeitstrafen, darüber beklagt, dass ihnen die Besondere Zuwendung verwehrt wird.

Dass wir von der Politik nur selektiv wahrgenommen und offenbar in die Warte- und Trostschleife abgeschoben wurden, sollte man nicht nur den Politikerinnen und Politikern anlasten. Es liegt auch an uns selbst. Es sind unsere Interessen, um die es geht, und wir müssen sie selbst vertreten. Im Klartext heißt dies: Der Bundesvorstand sollte handeln. Dafür ist er gewählt, und dafür haben ihm die Delegierten das Vertrauen entgegengebracht. Und es ist gewiss keine Frage, dass ihn alle Mitglieder des Verbandes, soweit sie noch in der Lage sind, unterstützen werden.

Man sollte sich erinnern, dass jeder, der seinerzeit versucht hat, aus der DDR zu entkommen und in der SBZ oder der DDR Widerstand geleistet hat, weit mehr Mut aufbringen musste, als das nun erforderlich ist, um das Gespräch mit den Abgeordneten zu suchen. Und wiewohl die Fraktion von CDU/CSU den entscheidenden Beitrag geleistet hat, um uns die Besondere Zuwendung zu ermöglichen, muss auch das Gespräch mit allen demokratischen Parteien gesucht werden. Es ist unabdinglich, dass mit der SPD geredet wird, und es darf nicht sein, dass wir die FDP links liegenlassen, weil sie für eine Legislaturperiode nicht in den Bundestag gelangte. Die Forderung heißt handeln, möglichst schnell.

*B. Thonn*

**Hinweis:** Bitte lesen Sie hierzu auf S. 14 den Bericht des Bundesvorstandes über das Treffen mit mehreren CDU-Abgeordneten.

## Die VOS retten, darum geht es

*Der neue Bundesvorsitzende äußert sich zu Schwerpunkten*

Rainer Wagner, neuer Bundesvorsitzender hat wenige Stunden nach seiner Wahl in einem internen Text die anstehenden Aufgaben genannt. Als wichtigstes Projekt bezeichnete er die Weiterführung der Freiheitsglocke, da die Zeitung das verbindende Glied zwischen den Mitgliedern im weiten Bundesgebiet ist.

„Die Freiheitsglocke ist jetzt wichtiger denn je. Sie hat die schwere Aufgabe VOS-Identität zu stiften und zu erhalten. Ich spreche Kamerad Richter an der Stelle noch einmal ausdrücklich mein persönliches Vertrauen aus und hoffe, dass er die Redaktion noch lange in den Händen haben kann. Eine Zensur wird und darf es nicht geben.“

---

**Das Erscheinen der Freiheitsglocke hängt natürlich auch davon ab, ob die Mitglieder, die in nicht unerheblicher Zahl ihren Jahresbeitrag bis jetzt zurückgehalten haben, diesen nun endlich an die Bundesgeschäftsstelle überweisen.**

---

Nach dem jetzigen Stand ist es allen Verantwortlichen wichtig, die Fg beizubehalten. Je nach Finanzlage wäre ein Erscheinungsmodus von sechs bis neun Mal pro Jahr angedacht. Dies hängt natürlich auch davon ab, ob die Mitglieder, die in nicht unerheblicher Zahl ihren Jahresbeitrag zurückhalten, diesen an die Bundesgeschäftsstelle überweisen. Dies heißt, dass das Erscheinen der Fg nicht nur Sache des Vorstandes oder des Redakteurs sein kann.

Auch in der Frage einer Fortführung der Geschäftsstelle äußert sich Kamerad Wagner realistisch, indem er erklärt, dass es ohne die Bundesgeschäftsstelle, die derzeit von Hugo Diederich geführt wird, nicht geht.

Mit der Annahme der Wahl zum Bundesvorsitzenden hat Kamerad Rainer Wagner nun auch die Verantwortung für die Lösung der VOS-Probleme übernommen. Er hat dies im vollen Wissen, der bestehenden finanziellen Notlage und des geltenden Vereinsrechts getan. *V.B.*



## In der VOS müssen alle Verfolgten Platz haben

*Vorschläge und Anmerkungen zu den Problemen im Verband*

☒ Kurz vor der 30. Generalversammlung der VOS möchte ich mich zu einige der dringendsten Probleme äußern.

Ich habe in der letzten Fg das Vorwort und das Interview mit Rainer Wagner gelesen. Sicher ist Kamerad Wagner ein gestandener Kamerad, aber wie Hugo muss der Vorsitzende ständig erreichbar und präsent sein.

Widersprechen möchte ich, dass fast nur politische Häftlinge die „FG“ lesen und andere den Stacheldraht. Die VOS trägt ja im Untertitel auch die Bezeichnung Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus! Also haben auch Verfolgte des SED-Regimes, die nicht inhaftiert waren, hier ihren Platz. Mich hat die VOS in 2007 gern aufgenommen, obwohl ich nicht inhaftiert war.

Für die Zeitung könnte man überlegen, die Freiheitsglocke und den Stacheldraht als gemeinsame online-Edition herauszubringen. Das würde dem Inhalt und allen Kameradinnen und Kameraden gerecht werden. Im Stacheldraht war darüber bereits zu lesen, die Ausgaben als pdf-Datei an Interessierte zu versenden. Alle anderen Mitglieder, die eine Online Ausgabe nicht herunterladen können, könnten die Zeitung ja trotzdem beziehen. Das würde dem Inhalt und den Mitgliedern gerecht werden.

Dem Mitgliederschwund könnte man zumindest entgegenwirken, indem wir unsere Kinder als unsere Erben dafür begeistern, der VOS beizutreten. Wir haben unsere Kinder im Sinn von Demokratie und Freiheit erzogen, und nicht zuletzt sind auch sie die Nutznießer unseres Kampfes für Gerechtigkeit und unserer schweren Schicksale.

*Fritz Schaarschmidt*

## Gedenken

Wie in jedem Jahr haben wir am 30. April das Andenken an Michael Gartenschläger geehrt, der bei dem Versuch, Selbstschussanlagen abzubauen, 1976 erschossen wurde.

Gartenschläger wäre am 13. Januar 2014 siebzig Jahre alt geworden. Er bleibt unvergessen. *B. Th.*

## Wir brauchen besseres Informationsmaterial

*Wie die Zeitzeugenarbeit mehr Schulen erreichen könnte*

☒ Als Mitglied, das allerdings stets im Westen gewohnt hat, möchte ich Folgendes anregen: VOS bzw. UOKG mögen – insbesondere für die Schulen in den Alten Bundesländern – Informationsmaterial erarbeiten und von den jeweiligen Kulturministerien absegnen lassen. Ferner sollten Zeitungen benannt werden, an die sich die Schulen wenden können, um dieses Material mit Leben zu erfüllen.

Während hierzulande die Verbrechen der Nazi-Herrschaft rauf und runter abgehandelt werden, bleiben die Gräueltaten des ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden unerwähnt. Man könnte darin Absicht sehen.

Anmerken möchte ich auch: Es gibt eine Publikation, die man hierfür nutzen könnte, nämlich die Informationen der Bundeszentrale zur politischen Bildung, Bonn. Allerdings habe ich so manches Mal das Gefühl, es fehlt an Objektivität.

Ich wünsche der VOS- Generalversammlung am 12./13. April einen erfolgreichen, vor allem aber einen harmonischen und in die Zukunft weisenden Verlauf.

*Horst Lindemuth*

## Standhaft, lebenslustig, aufgeschlossen

*Kameradin Ruth Liske verstorben*



Die VOS-Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe hat mit großer Trauer vernommen, dass unsere „Kleene“, Ruth Liske, aus Bad Camberg nach langer, tapfer ertragener, schwerer Krankheit am 11. April 2014 im Kreise ihrer Familie verstorben ist. Ihren Angehörigen möchten wir unsere herzliche Anteilnahme übermitteln. Unsere Kameradin Ruth Liske war ein lebenslustiger, aufgeschlossener und standhafter Mensch mit dem Mund und dem Herz auf dem rechten Fleck. Sie hat sich nie dem kommunistischen Unrecht gebeugt und war in ihrer lebenswürdigen Art ein wichtiges Mitglied unseres Verbandes. Wir werden sie in guter Erinnerung behalten.

*Vorstand der VOS-Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe (i. A. Gerd Franke)*

## Lagergemeinschaft mit Jahrestagung

*Tagungsort ist Karlsruhe*

Am 31. Mai ist es wieder soweit: Dr. Martin Hoffmann lädt für diesen Samstag zum Treffen ehemaliger Häftlinge des Workuta-Gulag, in dem er selbst von 1951 bis 1955 inhaftiert war, nach Karlsruhe ein. Zu den Teilnehmern gehören 60 Überlebende des berüchtigten Stalin'schen Arbeitslagers, das am „Ende der Welt“ lag und in dem Gefangene unterschiedlicher Nationen für die Rachegelüste des kommunistischen Diktators Jahre ihres Lebens und ihre Gesundheit einbüßten. Nicht wenige fanden bereits dort den Tod, andere hatten nach der Rückkehr nach Deutschland nicht mehr die Kraft, um weiterzuleben. Martin Hoffmann hat bisher viel für das Nicht-Vergessen dieses bitteren Abschnitts der Geschichte getan. Unverdrossen organisierte er Info-Stände, wenn öffentliche Veranstaltungen stattfanden, von Jahr zu Jahr ist er Organisator der hier genannten Veranstaltung. Hervorzuheben sind seine Zeitzeugenmuseen, in denen er die menschenunwürdigen Lagerbedingungen des Gulag mit den wenigen Gegenständen, denen er noch habhaft werden konnte, dokumentiert. Nicht zu vergessen seine Buch- und Broschüre-Publikationen, in denen er mit unterschiedlicher Herangehensweise über vieles berichtet, was ihm und den Mitgefangenen angetan wurde.

Einer der Höhepunkte seiner Aufarbeitungsinitiativen war der Besuch des aktuellen Bundespräsidenten Joachim Gauck, dessen Vater Gulag-Häftling war. Dieser Besuch, durch Fotos und einen Fg-Bericht dokumentiert, war mehr als die Würdigung der beharrlichen Dokumentationsambitionen von Martin Hoffmann, sondern es war auch eine Ehrung für alle unschuldigen Opfer des frühen und des fortgesetzten Stalinismus' unter Ulbricht und Honecker. Bekanntlich wird zunehmend versucht, die Opfer des kommunistischen Systems totzuschweigen oder als Nazis abzutun.

Schwerpunkt der diesjährigen Tagung ist das Leid weiblicher Häftlinge, die es in großer Anzahl ebenfalls gab. Anmeldungen sind begrenzt noch möglich. *V. Bosse*

Infos: Bundesgeschäftsstelle

## SED-Opfer erwarten schnelles Handeln

*Netzwerkmitglieder mahnen bei Treffen im Lager Friedland zugesagte Verbesserungen an*

■ Die Mitglieder und Verbände der im Niedersächsischen Netzwerk zusammengeschlossenen SED- und Stasi-Opfer, haben sich dafür ausgesprochen, dass die Parteien der großen Koalition die im Koalitionsvertrag festgelegten Verbesserungen für die Opfer der zweiten deutschen Diktatur, sehr schnell umsetzen sollten.

Ihr Sprecher, der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Hartmut Büttner, wünscht mit Blick auf das hohe Alter von vielen SED-Opfern, dass sich die Koalition beeilen sollte, damit die Betroffenen die zugesagten Leistungsverbesserungen auch noch erleben können.

Dies gelte sowohl für verbesserte Leistungen bei der sogenannten Opferrente wie auch für die immer noch ungelöste Frage einer verbesserten medizinischen Begutachtung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden. Einige Opfer warteten nun bereits seit über 20 Jahren auf positive Bescheide. Hier seien besonders die Regierungen der Bundesländer gefordert. Erforderlich sind vor allem befähigte Gutachter, welche neben den medizinischen auch über die nötigen geschichtspolitischen und DDR-spezifischen Kenntnisse verfügen.

Die Mitglieder des Niedersächsischen Netzwerkes trafen im Grenzdurchgangslager Friedland zusammen und informierten sich dabei auch über seine wechselvolle Geschichte. Mehr als vier Millionen Vertriebene, Flüchtlinge und Verfolgte sind im Lauf der letzten 70 Jahre durch das Lager gegangen. Obwohl andere Aufnahmestätten für Flüchtlinge und Freigeverkaufte aus der ehemaligen DDR stärker genutzt worden sind, gab es unter den Netzwerkmitgliedern auch einige, die Friedland als ersten Ort in der Freiheit angetroffen haben. Diese erhalten nun die Chance, dass ihre bedrückende Geschichte in einem speziellen Zeitzeugenportal eines künftigen Museum Friedland aufgenommen wird.

*VOS-Gruppe Niedersachsen*

## Das müssen wir wohl den nachfolgenden Generationen überlassen

*Zu dem Leserbrief „Solche Titel haben keine demokratischen Wurzeln“ von Kamerad Peter Heubach aus Fg 737, S. 11 teilt uns Fg-Leser Martin Focke Folgendes mit:*

☒ Das ist alles interessant, gut und richtig, was Herr Heubach geschrieben hat. Mir scheint, dass da zwei verschiedene Entwicklungen sozusagen parallel verlaufen.

In meinem speziellen Fall ist es tatsächlich gelungen, dass ich mich schäme, überhaupt je einmal promoviert zu haben. Nota bene über ein relativ unverfängliches Thema: W. A. Mozart.

Zum einen war ein in der DDR erworbener akademischer Titel in der (alten) Bundesrepublik angeblich schon IMMER diskreditiert. Ich kann das aus eigener Erfahrung beurteilen. Die Anerkennung meines Dr. phil. durch ein bundesdeutsches Kultusministerium vor 34 Jahren war so ziemlich das Demütigendste, das ich in meinem Leben erlebt habe! Die Situation an deutschen Hochschulen und Universitäten hat Prof. Norbe Bolz (Dankrede anlässlich der Verleihung des TRACTUS-Preises für philosophische Essayistik - bei YouTube nachzusehen) kompetenter expliziert.

Viele derzeitige *Professoren* haben weder promoviert noch sich habilitiert. Ich kenne sogar Fälle, wo *Professoren* nicht einmal ein abgeschlossenes Studium bzw. Diplom vorzuweisen haben. (Leider kein Scherz!). Plus diejenigen, die kurz nach der Wende, wo „Ordinarien den an ihrem Lehrstuhl hängen gebliebenen treuen Seelen eine Last-Minute-Sinekure“ verschafften. (Götz Aly UNSER KAMPF - 1968, S. 16/17) in den Neuen Bundesländern unterkamen. Die „68iger“, deren Generation gottlob gerade abtritt, richtig! Kurz: akademische Titel haben in Deutschland kaum noch ein Ansehen. Im Ausland weiß man das seit langem. Denn Bewerbungen aus Deutschland landen meist im Papierkorb.

Ich verallgemeinere hier natürlich. Aber die Beantwortung der Frage, wie dergleichen NUR in Deutschland möglich war bzw. ist, wäre einmal interessant. Aber vermutlich

will man auch DAS den nachfolgenden Generationen überlassen?

Leider bin ich kein Zyniker. Und es hat gewiss nichts mit dem nahenden „grauen Alter“ zu tun (Jahrgang 1949), wenn ich all das, was geschieht bzw. eben-nicht-geschieht quasi kopfschüttelnd betrachte ...

Dass in den Medien diesbezüglich viel zu wenig an Information und Aufklärung geschieht, war leider auch vorhersehbar. (Henryk Broder fand dafür einmal das starke Wort vom „Linken Pack“ - ich hätte es sicher etwas vornehmer formuliert.)

Wir haben halt keine Lobby. Und wie weiland Don Quichotte gegen Windmühlen zu kämpfen, ist auch nicht jedermanns Sache.

**Anm. d. Red.:** *Mit der Aberkennung der akademischen DDR-Titel waren offensichtlich politische und ideologisch programmierte Abschlüsse gemeint. Andere Titel (z. B. in der Medizin) haben oft genug mit westlichem Fachwissen gleichgezogen.*

## Nicht gut genug recherchiert. Oder?

☒ Der Nachruf für Kameraden Rolf Starke in Fg 737, S. 15 weist Formfehler auf, die sicher auf ungenügende Recherchen zurückzuführen sein können. Sie betreffen die Inhaftierung von Rolf Starke. So heißt es u. a.: Man legte dabei den Artikel 6 des ehemaligen StGB der DDR zugrunde. Das ist grundfalsch! Ein Strafgesetzbuch hatte es in der damaligen Ostzone noch nicht gegeben! Darum wurde alles Unpassende nach der damaligen Ostzonenverfassung verurteilt, ohne dass der Betroffene ein entsprechendes Schriftstück jemals in die Hand bekam.

Ich selbst wurde im März 1955 in Berlin verhaftet: zunächst Hohenschönhausen – fensterlose Zelle. Stationen: Frankfurt/Oder, Cottbus, Torgau, Waldheim.

1966 wurde ich freigekauft über Rechtsanwalt Vogel. In den Jahren 1957 wurden in Waldheim Arbeitshallen neben der sogenannten Bremen. Hier durfte ich als Elektriker als Arbeitssklave arbeiten. Nach Fertigstellung der Hallen musste ich bei der Firma Textima weiter bis 1963 arbeiten. Auch als Elektriker. Die Transportkisten mit Textilmaschinen wurden hier sofort verladen. *Olaf Gehrke*

## Ist unser Land wirklich so arm?

*Verbesserungen bei der Gewährung der Opferrente sind unbedingt erforderlich*

☒ Ich bin die Hinterbliebene (mit Kindern) eines Kommunismus-Opfers aus Thüringen. Ich bin sehr froh, dass es die Freiheitsglocke gibt und sie weiter erscheinen kann und dass man die Möglichkeit hat, sich an die Redaktion zu wenden, um seine eigenen Gedanken und Anregungen weiterzugeben.

Ich bin Mitglied der Bezirksgruppe Suhl/Sonneberg, wir trafen uns am 14. März 2014 zur Jahresversammlung in Zella-Mehlis und sprachen dort bereits über die bevorstehende 30. Generalversammlung der VOS. Dazu bewegen mich verschiedene Fragen, die auch nach dem Ende der Generalversammlung noch aktuell sind:

Erstens geht es um die Frage, ob und wann es eine Ehrenpension/ Opferrente für Hinterbliebene geben könnte. Dieser Anspruch wäre mehr als gerechtfertigt, da die Ehepartner von ehemaligen politischen Häftlinge während der Inhaftierung viel auszuhalten hatten und später oft genug die Haftopfer pflegen mussten, weil diese unter schweren Haftfolgeschäden litten.

Zweitens sind mir durch die Benachteiligung während der Haftzeit des Mannes (und Vaters der Kinder), der von 1971 bis 1977 im Zuchthaus Brandenburg war, nur geringe Rentenbeitragszahlungen möglich gewesen. Ich schlage mich jetzt allein durchs Leben, und jeder weiß, wie schwer das heute mit einer kleinen Rente fällt.

Mein Vorschlag wäre: Auch für die Hinterbliebenen von Opfern politischer Haft – egal ob Mann oder Frau – sollte man dieselbe Opferrente/ Ehrenpension wie für die ehemaligen Inhaftierten gewähren. Ich halte das für mehr als gerecht.

Während der Haftzeit meines Mannes lebte ich mit großer Ungewissheit über sein Schicksal, ich war immer wieder (teils schwer) erkrankt und musste die Kinder großziehen. Das Ganze mit geringem Einkommen und unter den argwöhnischen Blicken der Menschen aus meiner Umwelt. Zudem wurde auch ich verhört und musste die Hausdurchsuchung mit ertragen.

Bis heute leide ich unter den tief eingprägten Vorgängen. Ich würde es als eine Wiedergutmachung, aber auch als eine Würdigung erlittenen Leids ansehen. Und ich frage: Ist unser Land wirklich so arm, dass es so mit uns umgeht und uns die wenigen Euros verwehrt, die uns für unsere letzten paar Jahre helfen könnten, etwas besser zu leben?

Meiner Meinung nach müsste man das Gesamtaufkommen für die Opferrente ja nicht mal aufstocken, da auch immer mehr Empfangsberechtigte sterben und somit Geld freigesetzt wird. Wir sollten für die nächste Generalversammlung die Landesbeauftragte aus Thüringen einladen, um ihr unsere Situation authentisch zu schildern.

*Grete Messerschmidt*

Ihr Verbrechen war, dass sie in den Westen wollte.  
Dafür erhielt sie dreieinhalb Jahre Haft.

### **Autorenlesung mit Ellen Thiemann**

Sonntag, 27. Juli 2014 um 17.00 Uhr  
Turm der Burgruine in 45289 Essen-Burgaltendorf  
Burgstraße, Eintritt: 5,- Euro

## Das Gespenst geht weiter um

*Marx und Murks, wir erinnern uns all ihrer Erscheinungsformen noch genau*

☒ Mit Freude und Dank habe ich die Februar-Ausgabe der Freiheitsglocke erhalten und gelesen.

Das „Wort des Redakteurs“ ging mir sehr nah, weil es den Nagel auf den Kopf trifft. Die Schadenfreude derer, die inzwischen wieder auferstanden sind und unseren demokratischen Staat zu ruinieren versuchen, ist leider sehr groß. Nachdem wir unter der SED-Herrschaft die „Inquisition der Moderne“ ertragen mussten, erleben wir nun, wie die Linke das Land spalten will und das mit alten und neuen Tricks. Marx und Murks sind wieder dabei und werden als rettende politische Ufer angepriesen. Dabei sind sie nur das, was sie schon immer waren: ideologischer und ökonomischer Schrott. Das Gespenst des kommunistischen Manifests geht daher weiter um in Europa. Es ist inzwischen weit mehr als ein Hirngespinnst, sondern bedrohliche Realität.

*Klaus Bartholomay*

## DDR-Symbole weiter erlaubt, aber kein Aufmarsch mit Waffen

*Polizei verbot den Altgedienten der reaktionären NVA-Korps den erneuten Aufmarsch am Ehrenmal in Berlin-Treptow*

☒ Nachdem wir in der Fg immer wieder gegen den Missbrauch ehemaliger DDR-Symbole in der Öffentlichkeit und besonders an Stellen, an denen viele Touristen verkehren, argumentiert und von der Politik eindeutige Verbote und die Androhung von Bußgeldern oder härteren Strafen gefordert haben, wird nun in einer öffentlichen Anhörung im Deutsches Historisches Museum Berlin, Unter den Linden 2, über die Hintergründe und Absichten des Tragens und Herzeigens von Uniformen und DDR-Symbolen diskutiert. Als Vertreter der VOS und der Opfer nimmt Hartmut Richter an dieser Veranstaltung teil.

Die ebenfalls von den Opfern des SED-Sozialismus, aber auch von vielen demokratischen Politikern heftig kritisierten Aufmärsche von Mitgliedern reaktionärer NVA-Korps am Treptower Ehrenmal in Berlin wurden nun vom Berliner Senat für dieses Jahr verboten.

Bekanntlich hatten im vorigen Jahr zum 8. Mai in skandalöser Weise die genannten Altgedienten mit dem Tragen von Uniformen, Waffen, Helmen und Kriegssymbolen, wie sie einst von der „Volks“armee der DDR als ideologisches Rüstzeug benutzt wurden, in der Öffentlichkeit für Entsetzen und Schrecken gesorgt. Zudem wurde mit dem Mitführen von Waffen und der Verkündung von Kriegshandlungen gegen das Demonstrations- und Versammlungsrecht verstoßen. Die Berliner Polizei hatte sich vorbehalten, die Einhaltung des erteilten Verbots zu überwachen. Die Fg hatte voriges Jahr in ausführlichen Berichten auf das Heraufbeschwören alter Kriegstreibermethoden hingewiesen, die sich mit derartigen Aufzügen verbanden. Der Schrecken, der auch bei Touristen entstanden war, war bei vielen sehr nachhaltig. Seitens der NVA-Korps-Mitglieder wurde das schaurige Szenarium als traditionsähnliche Folklore-Veranstaltung abgetan. *B. Thonn*



# EINE MISCHUNG ZWISCHEN KINDERGARTEN UND GEFÄNGNIS

*Im Zeichen des Studentenaufstandes 1989: Ein Roman über eine unerwünschte deutsch-chinesische Liebe an der Uni Shanghai / von unserem deutsch-chinesischen Journalisten Xing-hu Kuo*

"Auf dem Campus von Shanghai" (First-minute Verlag, 14,50E) ist ein faszinierender, weil sehr realistischer Roman über eine unerwünschte chinesisch-deutsche Liebe an der Universität Shanghai. Zweifellos hat die heute in Stuttgart lebende chinesische Autorin Weibing Shi-Schienle hier eigene bittere Erlebnisse aus dem Jahr 1987 von der Seele geschrieben, so lebendig und echt sind die dargestellten Personen in ihrem ersten Buch, sie gehen unter die Haut und die Leser/innen empfinden in dieser spannenden Geschichte eines langen Kampfes zweier verliebter junger Menschen gegen Bevormundung, Misstrauen, Neid und Unfreiheit ein tiefes Mitgefühl – sind diese Empfindungen uns aus unseren Erfahrungen in der zweiten deutschen Diktatur nur all zu vertraut.

Zum Inhalt: Es ist das Jahr 1987. Die verheerende "Kulturrevolution", die besser "Barbarei-Revolution" hätte genannt werden müssen, liegt 21 Jahre hinter der gequälten Bevölkerung Chinas. Deng Xiao-ping begann sehr vorsichtig und langsam, den Bambusvorhang zu lüften, aber eben nur sehr wenig. Die Nachwirkungen der Kulturrevolution sind bis heute allgegenwärtig.

Die erst 21jährige Studentin Lin Li, wie die meisten Altersgenossinnen ein Einzelkind, konnte sich glücklich schätzen, einen Platz an der berühmten Universität Shanghai bekommen zu haben. Sie glaubte an die Ideale der Kommunistischen Partei, war eine gute und disziplinierte Germanistik-Studentin und wurde deshalb sogar Klassensprecherin. Somit zählte sie zu den Stützen des Regimes.

Dann kam aus dem fernen, unbekanntem Westen, aus einer Stadt namens Tübingen, der junge, gut aussehende, auf die Chinesinnen Exotik und Erotik ausstrahlende 26-jährige Lehrer Philip Palmer, der Deutschunterricht erteilte.

Palmer lebte in einer für die spartanisch lebenden Studentinnen und Studenten in einer großen beheizbaren Wohnung mit Klimaanlage und allem Komfort in einem nur für ausländische Gastdozenten streng von

den armseligen und überbelegten Wohnheimen isolierten Gebäude. Jede private Beziehung galt als unsittlich und politisch unkorrekt, da diese Ausländer nach Auffassung von Partei, Regierung und Universitätsverwaltung auch unerwünschte Ideologien und Gedanken verbreiten könnten.

Aber fast alle Studentinnen der Germanistik, auch Lin Li, waren sowohl neugierig als auch verliebt in diese "Langnese" mit den blonden Haaren, den blauen Augen und der muskulösen Gestalt.

## Bücher in der Fg

Dem Bundesdeutschen wiederum waren die strengen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse sowohl unbekannt als auch ein Gräuel.

Als er einige Studentinnen und Studenten in seine Wohnung einlädt, gibt es den ersten Ärger mit der Parteileitung und dem Büro für Auslandsangelegenheiten der Uni, wobei vor allem die Chinesen zur Rechenschaft gezogen werden, während man bei Palmer etwas diplomatischer vorgeht.

Die bisher disziplinierte Lebensweise Lin Lis gerät durch diese Bekanntschaft mit Palmer und deren Folgen heftig ins Wanken: Er ist immer direkt und offen, gerät in Wut über die vielen bürokratischen Regeln und Verbote. Trickreich gelingt es Palmer dennoch desöfteren, offiziell und legal Studenten und Studentinnen einzu-

laden, und so entwickelt sich zwischen Lin Li und Philip eine Liebesgeschichte, die nur im Verborgenen stattfinden kann.

Lin Lis bisher kollektive Denkweise ändert sich, sie wird selbstbewusst, stellt viele Dogmen in Frage, und das gefällt dem Deutschen immer mehr. Aber die wachsame Partei hat tausend Augen und Ohren.

Lin Li wird von Parteisekretärin Hu zur Rechenschaft und Selbstkritik gezogen und aufgefordert, ihr Verhältnis zu Palmer sofort zu beenden, sonst droht die Exmatrikulation. Lin Li ist völlig verzweifelt und ratlos, empfindet ihr Leben jetzt als eine "Mischung aus Kindergarten und Gefängnis", wobei sie noch vom Glück der Spätgeborenen profitierte. Unter Maos Herrschaft und während der Kulturrevolution (1966 bis 1976) wäre sie nicht nur von der Universität verwiesen worden, sondern tatsächlich ins Gefängnis oder in ein Umerziehungslager geworfen worden.



Jetzt aber gibt es immerhin Alternativen: die Beziehung zu dem Deutschen sofort abbrechen, ihn heiraten oder für immer ihre geliebte Heimat verlassen.

☛ Seite 15 oben

Das letzte Angebot mag für ehemalige DDR-Bürger sehr verlockend sein, aber für eine Chinesin war Deutschland ein Land, ferner und fremder als der Mond, trotz geringfügiger Deutschkenntnisse. Sie entfernt sich 10.000 Kilometer weit von ihren geliebten Eltern. Ihre Mutter bricht bei der Nachricht, dass sie ausreisen will, völlig zusammen und fällt für eine lange Zeit in ein Koma. Lin Li hat Schuldgefühle und weint oft und lange über ihr tragisches Schicksal.

Aber die tiefe Liebe zu Philip und dessen ermutigende Worte lassen das Liebespaar gemeinsam kämpfen: Lin Li muss 30 chinesische Stempel von ebenso vielen Institutionen, Organisationen und Behörden erbetteln, um alle Dokumente zu bekommen. Dabei wird sie überall wegen ihres Wunsches, ins "feindliche Ausland" zu emigrieren, mit Verachtung als Verräterin betrachtet und dementsprechend kühl und unfreundlich behandelt. Auch ihre Eltern sind völlig verzweifelt, sie waren noch nie im Ausland.

Palmer wiederum ärgert sich über die deutsche Bürokratie. Eine Chinesin, die nach Deutschland wollte, brauchte z. B. einen wohlhabenden Bürgen, der im Notfall finanzielle Kosten trägt und als Pate zur Verfügung steht, aber wer ist schon bereit, zumal im sparsamen Schwabenland, für eine ihm völlig unbekannte Chinesin zu bürgen? Palmer findet nicht mal in seiner Familie Unterstützung.

Erst nach Monaten können Philip und Lin Li ein Flugzeug nach Berlin besteigen. Tränen der Freude und des Schmerzes – wird sie ihre Eltern, Freundinnen und Freunde im nunmehr fast unerreichbaren China, ihrer Heimat, wiedersehen?

Mit diesem wenn auch nicht 100-prozentigen Happy End, endet der sehr spannend geschriebene Roman der talentierten Autorin.

Man darf gespannt sein, ob sie in einem nächsten Buch berichtet, wie Lin Li und Philip in Deutschland ihr neues Leben gestalten ... *XhK*

**Weibing Shi-Schienze:** Auf dem Campus von Shanghai - Roman  
*First minute Taschenbuchverlag Emsdetten, 190 S., 14,50 Euro*  
ISBN 978-3-932805-74-5  
Direktbezug ohne Portogebühr unter:  
buchcenter@first-minute-buecher.de

## Erinnerungen und Wahrheit neu belebt

*Nachauflagen zweier wichtiger Bücher von VOS-Kameraden über Haftschicksale in unterschiedlichen Zeiten*

Kürzlich erst berichteten wir in der Fg über den Anita Tykve Verlag, der es wagte Widerstands- und Opferliteratur über die DDR zu veröffentlichen. Und dies lange bevor die Mauer fiel und der lange, gefürchtete Arm der Stasi so manchen ehemaligen politischen Häftling oder Flüchtling zur Strecke gebracht haben soll. Denke man allein an Namen wie Lutz Eigendorf oder Michael Gartenschläger.

Dass die Tätigkeit des Verlags noch nicht ganz erloschen, wie manch einer behauptete, erwies sich nun mit der Zweitausgabe des Buches „**Roter Terror in Cottbus**“, das unser ehemaliger Bundes-Vize Bernd Pieper, der nicht nur seine schriftstellerischen Begabung verwirklicht, sondern immer noch auf Bezirksgruppenebene im Osten von NRW die älteren Kameradinnen und Kameraden des Verbandes betreut. Bereits in 1996 hatte sich die Erstausgabe dieses wichtigen und interessanten Bandes gut verkauft, was nun auf die zweite Auflage ebenfalls zutrifft. Ein wesentlicher Faktor könnte dabei die inzwischen intensiviertere Gedenkstättenarbeit im ehemaligen Knast von Cottbus sein, wo auch einige VOS-Mitglieder inhaftiert waren. (Der Bundesvorstand würde es allerdings begrüßen, wenn viel mehr ehemalige politische Häftlinge, nicht nur aus der StVE Cottbus, zu unserem Verband stoßen würden.) In Erinnerung ist uns allen freilich auch der von den Häftlingen geprägte „Spitzname“ Roter Terror, mit dem die Inhaftierten ein besonderes die Menschenwürde verachtendes Scheusal von Knast-Schließer betitelten. Dieser hatte nachweislich in zahlreichen Fällen wehrlose Häftlinge mit Tritten und Schlägen brutal traktiert, so dass diese bleibende gesundheitliche Schäden zurückbehielten. Im Oktober 1996 wurde ihm der Prozess gemacht, an dessen Ende es zu einer der ganz wenigen, wenn auch keineswegs angemessenen Haftstrafen eines Gewalttäters aus den Reihen der „DDR-Sicherheitsorgane“ kam.

Grundsätzlich gilt aber, dass jeder ehrliche, authentische Beitrag zur Aufarbeitung der kommunistischen

Diktatur seinen Platz in der Bibliothek begangenen Unrechts verdient. Viel zu sehr hat sich mittlerweile die Autorenriege der Sozialismus-Verklärer in den Vordergrund gespielt, wozu die großen Medien wie das Fernsehen und die bunten Magazine auf ungute und oberflächliche Weise mit dem Blick auf hohe Einschaltquoten demütig beitragen.

Bernd Pieper ist übrigens weiterhin im Zeitzegenprogramm der VOS in NRW aktiv und berichtet über sein Schicksal und über die Verhältnisse der einstigen DDR an Schulen.

Ebenfalls in Neuauflage erschien das Buch „**Hinter der weißen Wand**“ unseres Kameraden Siegfried Jahnke. Das darin geschilderte persönliche Schicksal verknüpft sich eng mit dem politischen Unrecht der nach dem Krieg herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse in der sowjetischen Zone Deutschlands. Siegfried Jahnke wurde als junger Mensch von einer Minute zur anderen aus dem Arbeitsleben verhaftet und in die Mühlen der kommunistischen Verhörmaschinerie gepresst. Ein Schicksal, das ihn wie viele andere auch ereilte, das uns jedoch bis heute erschüttert. Das Buch ist umso wichtiger, da die Zeit vorangeschritten ist und die Generation der unmittelbaren Stalin-Opfer, von denen viele nicht überlebten, kaum noch beachtet wird oder der Einfachheit halber als Nazis abgetan wird. Egal, dass kaum eine oder einer älter als sechzehn Jahre war.

Siegfried Jahnke gehört längst zum „Urgestein“ unseres Verbandes. Kameradinnen und Kameraden wie er haben durch die harten Zeiten der Haft gelernt, die VOS am Leben zu halten und ihr Kampfgeist einzuhauchen. Dass Siegfried Jahnke dieses Buch geschrieben und mittlerweile eine zweite Auflage durchgesetzt hat, können wir ihm nicht hoch genug anrechnen. Beide Bücher können über die Bundesgeschäftsstelle oder beim Autor direkt bezogen werden. (B. Pieper Mail: bernd.pieper@-online.de Tel. 05241 75297, Preis: 15,25 €+ 1,50 € Versandkosten. *Tom Haltern*

## Ein Brüderchen für(s) Brüderle?

Rainer Brüderle „redet“ und rechnet in einem Interview-Buch ab und engagiert ausgerechnet Linken-Fraktionschef Gregor Gysi als Redner für die Präsentation

Wer kennt nicht Rainer Brüderle? Egal, dass er nun mehr als ein halbes Jahr von der (politischen) Bühne verschwunden ist und die Bundes-FDP (nicht von ungefähr) in den Umfragen wieder bei fünf Prozent steht und die Zeichen auf Wiedereinzug in den Bundestag nach der nächsten Wahl stehen, ist er den meisten von uns nicht vergessen.

Kürzlich trat Rainer Brüderle wieder in Erscheinung. Nicht vordergründig als (Ex-)Politiker, stattdessen als Buchautor. War er doch im vorigen Jahr zunächst durch ein im Grunde eher harmloses „Dirndl-Zitat“, das letztlich noch nicht mal beweisbar ist, in die Negativschlagzeilen gekommen. Ein Fauxpas, zu dem sich dann noch politisches Ungeschick gesellte, durch das sich, so seine Kritikerinnen und Kritiker, jenes Wahlergebnis anbahnte, durch das die FDP einen Denktzettel erhielt, der bereits vor etwa 15 Jahren den Grünen verpasst worden war: Es reichte nicht auf fünf Prozent und somit für den Einzug in den Bundestag. Brüderle wurde –

auf nicht gerade feine Art – zum Sündenbock abgestempelt.

Es wäre zu einfach zu behaupten, das Missgeschick der FDP ginge nur auf Rainer Brüderle zurück. Auch Philipp Rösler, ehrgeiziger Partei-Youngster, hatte durch seine Äußerungen und seinen Anspruch, freilich gänzlich anderer Machart, der urdemokratischen Partei enorm geschadet. Und mag das für die FDP auch bitter sein, kann man doch wenigstens eine allgemeine Erkenntnis gewinnen: Es sind weder „nur“ die ehrgeizig kompromisslosen Parteijungen noch die „verschlafenen“ Alten, die eine Partei ins Unglück stürzen können. Es ist ganz einfach das fehlende Wissen im Umgang mit den Wählern, und es sind die Defizite in der Auffassung von politischen Notwendigkeiten. Und nicht zuletzt gehören auch Ungeschick und Unvermögen dazu, eine Wahl mit Ansage zu verlieren.

Rainer Brüderle hat nun versucht, sich zu erklären, vielleicht auch reinzuwaschen, was man verstehen kann. Wer scheidet nach vier Jahrzehnten Parteitreu und politischer Arbeit, die durchaus mit Erfolgen gekrönt war, schon gern als Loser (zu Deutsch: Verlierer) aus dem Beruf. Die Öffentlichkeit sollte seine Sicht und womöglich bisher nicht bekannte Wahrheiten erfahren.

Damit hat Herr Brüderle in der Tat so etwas wie Neugier geweckt. Eine Neugier, die jedoch prompt erstickt wurde, als man erfuhr, dass er für die Präsentation seines Buches Linke-Fraktionschef Gregor Gysi engagierte. Was Brüderle zu dieser Entscheidung bewogen hat, bleibt uns ein Rätsel. Natürlich, Gysi ist ein glanzvoller Redner, ein angesehener Rechtsanwalt und ein kluger Mensch, die Medien reißen sich um ihn. Er war der große Lenker, der seinerzeit aus der SED die PDS und aus der PDS die heutige Linke formte.

Kann es sein, dass Brüderle diesen Gysi bewundert und ihn gern – bildlich gesprochen – zum Brüderchen hätte? Oder ist es nun doch so, wie Volkes Meinung oft genug bitterlich abwinkend über die Politiker urteilt:

„Die streiten sich zwar vor dem Mikrofon, aber hinter den Kulissen gehen sie freundschaftlich miteinander um.“ Mit diesem „Die“ sind dann alle Abgeordneten gemeint, von links und konservativ und von der Mitte.

Nun ist es so, dass es immer noch Leute gibt, die die Politiker ernst nehmen, die sich selbst einsetzen oder eingesetzt haben. Für ihr Land, für die Freiheit und die Demokratie. Sie wurden dafür verfolgt oder inhaftiert. Gequält, erpresst und enteignet wurden sie. Ehen und Familien gingen auseinander. Es wurde gestorben, es wurden gesundheitliche Schäden zurückbehalten. Wenn wir in diesem Zusammenhang an die DDR und den „Antifaschistischen Schutzwall“ denken, fallen uns die etwa eintausend Maueropfer ein. Oft ganz junge, unerfahrene Menschen, die der Politik des Westens vertraut hatten. Oder denken wir an Michael Gartenschläger oder Oskar Brüsewitz, die ihr Leben um der Freiheit und Einheit des Landes gelassen haben. Was würden sie sagen, wenn sie wüssten, dass sich

der Vertreter einer Partei mit langer demokratischer Tradition eines Spitzenpolitikers jener Partei bedient, die Rechtsnachfolgerin der SED ist, welche wiederum das Unrecht und die Gewalt

gegen schutzlose Menschen zu verantworten hatte? Ist Politik das geworden, was viele in ihr sehen? Ein Forum der Selbstdarstellung und des Karrierismus?, in dem der Einzelne sein persönliches Ansehen über das Wohl des Landes stellen darf?

Mithin ist auch Gregor Gysi zum Überläufer geworden. Es ist kein Geheimnis, dass die Gräben zwischen ihm als Rhetorik-Genie und den plumpen Mit-Genossen und Mit-Genossen immer tiefer werden und die Säge an seinem Stuhl bereits geschwungen wird. Die Linke weiß offenbar nicht, dass sie mit Gysi ihr einziges Zugpferd verlieren würde und demnächst dem Schicksal der FDP folgen dürfte. Sollen wir daher Rainer Brüderle wiederum nicht dankbar sein, dass er womöglich geholfen hat, die Linke aufzuweichen? *B. Thonn*

### Opferrente: Vorstand wird aktiv!

§ Am 5. Mai führte Rainer Wagner, in seiner Doppelfunktion als UOKG- und VOS-Bundesvorsitzender Gespräche mit den MdB Marko Wanderwitz, Michael Kretschmer, Stephan Heck und Philip Lengsfeld. Die Vertreter der CDU stellten die Potsdamer Erklärung der ostdeutschen CDU-Abgeordneten vor. Kamerad Wagner und einige Mitarbeiter der UOKG konnten dabei die Vorstellungen der ehemaligen politischen Häftlinge bezüglich einer Erhöhung der Opferrente, der Flüchtlingsrente und der Errichtung eines Mahnmahls erläutern. Einzelheiten wurden zunächst nicht genannt. Dennoch ist abzusehen, dass das Thema aus dem Bundestag heraus endlich Unterstützung findet. Weitere Gespräche, mit den demokratischen Parteien sind vorgesehen. Es wäre aber sinnvoll, wenn die Aktivitäten des Bundesvorstandes durch Gespräche der Basis mit den jeweiligen Wahlkreisabgeordneten unterstützt würden. *R.W.*

#### Das Zitat:

Fragt nicht, was das Land für euch tun kann. Fragt, was ihr für euer Land tun könnt.

*John F. Kennedy*

*Früherer Präsident der USA*



# Nachlese zur 30.

Auch die 30. Generalversammlung bot den Delegierten Gelegenheit, sich auszutauschen ihre Meinung zu äußern, wobei es um Themen wie Mitgliederschwund oder Abwendung einer möglichen Insolvenz ging. **Petra Ostrowski** erklärte es als ihr besonderes Anliegen, neue Mitglieder für unseren Verband zu gewinnen. Auch wenn sie (diesmal) nicht in den Bundesvorstand gewählt wurde, sollte man diese Bereitschaft fördern und die Kameradin einbeziehen. **Bärbel Große**, die auf regionaler Ebene bereits viel für unseren Verband getan hat, möchte auch im Rahmen der Bundes-VOS aktiv werden. Dem kann sie nach ihrer Wahl in den erweiterten Bundesvorstand gerecht werden. Ähnliches gilt für den Kameraden **Rainer Buchwald**, der schon mehrfach in der Fg Beiträge veröffentlicht hat und dem die Aufarbeitung der Jugendwerkhof- Schicksale ein vorrangiges Anliegen ist. Noch ins Berufsleben eingebunden, aber mit sichtbaren Mitwirkungsambitionen haben sich Martin Peschek, Christoph Becke und Andreas Herzog geoutet. Hier stehen somit Kameraden bereit, die demnächst (auch ehrenamtlich) für die VOS Verantwortung übernehmen dürften. Auch **Maybritt Krüger, Detlef von Dechend** und **Harald Hemmerling** gehören zu den Aktivposten der VOS. Kameradin Krüger wurde als Beisitzerin in den Bundesvorstand gewählt, Kamerad von Dechend leitet in NRW weiterhin erfolgreich das Zeitzeugenprojekt, und Kamerad Hemmerling agiert auf Landesebene in Niedersachsen. Daneben ist er gemeinsam mit Christoph Becke künftig für die Schiedskommission der VOS zuständig.

Unser Dank gilt **Rotraud von Dechend** und **Dr. Ingrid Schmidt**, die nicht wieder für den Bundesvor-

stand kandidiert haben sowie unseren treuen Kassenprüfern **Werner Sauerzweig** und **Siegfried Jahnke**. Letztere haben trotz fortgeschrittenen Alters – Kamerad Sauerzweig schließt demnächst zur „VOS- Riege“ unserer Neunzigjährigen auf – mit Pflichtbewusstsein regelmäßig die VOS-Financen überprüft.

Nicht zu vergessen unsere Kameraden **Hugo Diederich** und **Matthias Katze**, die neben dem neuen Bundesvorsitzenden **Rainer Wagner** als Stellvertreter in den Geschäftsführenden Bundesvorstand gewählt wurden. Während Hugo Diederich schon langjährige Führungskraft in der VOS ist, nimmt Matthias Katze sozusagen Anlauf, sich im Führungsgremium unseres Verbandes einzuarbeiten und sagte in seiner Rede zur Kandidatur zu, sich perspektivisch noch intensiver für die VOS einzusetzen.

Nachzureichen wären im Übrigen noch die neue VOS-Satzung und die bestätigte Liste der gewählten Kandidatinnen und Kandidaten. Dies geschieht in der nächsten Fg, sofern sie vorliegen. *Tom Haltern*

## VOS kann auf Unterstützung von LStU rechnen

*Gespräch des Bundesvorsitzenden mit Martin Gutzeit*

Gemeinsam mit Matthias Katze, dem neuen Schatzmeister der VOS hatte, ich am 5. Mai ein vertrauensvolles Gespräch mit dem Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen von Berlin geführt. Er ist, trotz einiger Irritationen der VOS grundsätzlich wohl gesonnen. Trotz eigener Arbeitsbelastung wird die LStU die Stiftung Aufarbeitung bei der Tiefenprüfung der Bücher der VOS unterstützen. Das Ergebnis dieser Prüfung wird sicher über die weitere Zusammenarbeit mit entscheiden.

*Rainer Wagner*

## Chemnitz Gedenken anlässlich des Volksaufstandes vom Juni 1953 Einladung

Liebe Kameradinnen,  
liebe Kameraden,

vor 15 Jahren wurde feierlich die Stele auf dem Kaßberg enthüllt. Erwin Tränkmann schrieb damals:

*Dieser Gedenkstein soll nicht nur die Opfer der Gewaltherrschaft von 1945-1989 ehren, sondern auch in Dankbarkeit an die Kameraden erinnern, welche ihren Freunden und Leidensgenossen, die nach 1945 schwere Schicksale durchleben mussten, bei der Aufarbeitung dieser Zeit mit Rat und Tat zur Seite standen und noch stehen.*

Erwin Tränkmann, der am 10. Juli 2004 verstarb, war viele Jahre Vorsitzender der VOS-Bezirksgruppe Chemnitz und hat sich maßgeblich für die Errichtung der Stele eingebracht. Er erhielt im September 2003 das Bundesverdienstkreuz am Bande.

In seinem Sinne wollen wir der Opfer der SBZ / DDR gedenken.

Die Gedenkveranstaltung findet

am Dienstag,

**den 17. Juni 2014,**

**11.00 Uhr in der Parkanlage**

gegenüber dem Landgericht  
(Hohe Str. 23, 09112 Chemnitz)

statt. Wir freuen uns auf euer  
Kommen.

*Der Vorstand der VOS-  
Bezirksgruppe Chemnitz*

---

**GERHART-HAUPTMANN-HAUS**  
in Düsseldorf, Bismarckstraße 90,  
Nähe Hauptbahnhof.

27. Mai um 19.00

Vortrag über Erich Loest

**Vortragender:**

**Dr. Jörg B. Bilke (VOS)**

### Wir trauern um

**Kurt Pitlinski  
Hildegard Heyne  
Erich Kwijas  
Werner Meinhardt  
Günter Fischer  
Ruth Liske**

**Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe  
Bezirksgruppe Karlsruhe  
Bezirksgruppe Cottbus  
Bezirksgruppe Leipzig  
Bezirksgruppe Chemnitz  
Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe**

**Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren**

## Was uns bewegt, vereint und weltweit verbindet / ein Gedicht

Zum Wesen der Freiheit gehört auch die Pflicht,  
die Freiheit der andern zu wahren.  
Dass Gleichgültigkeit oft mitschuldig macht,  
das wird von vielen erst dann bedacht,  
wenn selber sie Unrecht erfahren.

Mitschuldig wird jeder, der zu Unrecht schweigt,  
denn Freiheit heißt – sich engagieren ...  
ein Mensch, welcher meint, er könne nichts tun,  
ist ein armer Tropf –für Freiheit immun;  
verdient sie nicht, wird sie verlieren.

Die Schwester der Freiheit heißt Demokratie.  
Weil die sich ursächlich bedingen,  
wird keiner Nation und keiner Kultur  
die Freiheit verweigert, durch Diktatur,  
Glück, Frieden und Wohlstand gelingen ...

Die Opferfürsorge hat Priorität.  
Unschuld im Zuchthaus gesessen,  
das haben Honeckers Paradies,  
viele tausend mehr als er gehen ließ –  
dies dürfen wir niemals vergessen.

Es bleibt unser Ziel, den Opfern zu helfen!  
Uns soll nie etwas wichtiger sein!  
Schützt unsere Reihen vor Verrätern,  
uns wollen noch viele von Mielkes Tätern  
ein weiteres Mal von der Freiheit befrei'n!

Ein Volk, das aus seiner Geschichte nicht lernt,  
das wird seine Zukunft riskieren!  
Nicht-Wissen-Wollen und Demagogie  
gefährden unserer Demokratie!  
Wir könnten die Freiheit verlieren!

*Christian Martin Lappe, Atlanta/USA  
Als Gruß an die 30. Generalversammlung  
der VOS und an alle Mitglieder des Verbandes*

## Zeitzeugeneinsatz NRW: Mitarbeit und Interesse mehr als nur pflichtgemäß

*Schülerinnen und Schüler am Gymnasium in Rheine fragten und diskutierten eifrig*

Die bereits in der vorigen Ausgabe der Fg angekündigte Großaktion des Zeitzeugenprojekts der VOS am Gymnasium Dyonisium in Rheine (Nähe Münster) geriet Anfang April zum vollen Erfolg. Mit insgesamt fünf Veranstaltungen (eine musste leider entfallen) absolvierten die Akteure der VOS teils nacheinander mehrere Doppelstunden, an denen die Leistungskurse der Abiturklassen interessiert Fragen stellten und sich gut vorbereitet zeigten. Dabei spielte es keine Rolle, dass man sich zeitlich zwischen abgeschlossener Unterrichtsetappe und bevorstehenden Klausuren und mündlichen Prüfungen befand und die Jugendlichen entsprechend jährlich unabwendbarer Endphasen-Tradition in Schlafanzügen erschienen. Einmal mehr hat sich bestätigt, dass Zeitgeschichte kein Pflichtthema sein muss und dass Jugendliche nur auf das Internet und elektronische Computerspiele fixiert sein müssen.

Man kann nur hoffen, dass das Projekt fortgesetzt wird. Und zwar im Interesse der Jugendlichen und der gesamten Gesellschaft.

*Valerie Bosse*

## VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

**Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin**

**PVSt Deutsche Post**

**Entgelt bezahlt**

**G 20 666**

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

### Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin

**Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81**

**Fax: 030 - 2655 23 82**

Email-Adresse: [vos-berlin@vos-ev.de](mailto:vos-berlin@vos-ev.de)

Sprechzeiten: Dienstag u. Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

**IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01**

**BIC: PBNK DEFF**

**Spenden sind steuerlich absetzbar**

### Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

**Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82**

**Mail: [lv-berlin@vos-ev.de](mailto:lv-berlin@vos-ev.de)**

Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr, sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion und Satz: A. Richter

[redaktion@vos-ev.de](mailto:redaktion@vos-ev.de), Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Herstellung: Satzherstellung Neymanns

Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: [satzherstellung@gmx.de](mailto:satzherstellung@gmx.de).

Internet: [www.satzherstellung.com](http://www.satzherstellung.com)

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

### Jahresbeiträge:

- |  |         |
|--|---------|
| – <b>einheitlich für alle Mitglieder ab 2013</b> | 45,00 € |
| – Ehepartner                                     | 15,00 € |
| – Aufnahmegebühr Mitglieder                      | 2,60 €  |
| – Abonnement der Freiheitsglocke                 | 24,00 € |

### Internetseiten der VOS

[www.vos-ev.de](http://www.vos-ev.de)

Ausgabe 740 erscheint im Juni 2014

Redaktionsschluss der FG **738/9**: 9. Mai 2014